



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Der Kampf im Steindruckgewerbe. — Feuerung und Notstand. (III.) — Neutralität und Reichstagswahl. — Aus dem Genossenschaftsleben. — Volkswirtschaft. — Rundschau. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen.

**Beilage:** Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen für das zweite Quartal 1911.

Für die Woche vom 5. bis 11. November 1911 ist die Beitragsmarke in das mit 45 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Mitgliedern, die ohne Reiselegitimation sind und sich bei den Ortskassieren melden, ist keinerlei Unterstützung auszusuchen. Das Mitgliedsbuch solcher Reisenden ist sofort dem Verbands-Vorstand einzusenden.

Die der heutigen Zeitungsendung beiliegenden statistischen Karten bitten wir umgehend auszufüllen und bis 8. November einzusenden.

Das Mitglied Alex. Wirzbowski (Buch-Nr. 10 106) hat ohne vorherige Abmeldung Bremerhaven verlassen und sich in Hannover eine Reiselegitimation zu verschaffen gesucht. Da die Ausständigung der Reiselegitimation zu Unrecht erfolgt ist und außerdem das genannte Mitglied noch Beitragsschulden beim Verband zu begleichen hat, so ersuchen wir unsere Ortsverwaltungen, ihm Unterstützungen nicht zu zahlen, ihm Legitimation und Mitgliedsbuch abzunehmen und an den Verbandsvorstand einzusenden. Da ferner angenommen wird, daß Wirzbowski auch das Mitgliedsbuch eines Kollegen Mitschke (10 107) mitgenommen hat, so ist ihm auch dieses abzunehmen.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

## Der Kampf im Steindruckgewerbe.

Die Situation im Steindruckgewerbe hat sich seit den letzten Mitteilungen nicht wesentlich geändert. Es haben zwar einige weitere Firmen, die bisher dem Schutzverbande nicht angehörten, im Laufe der letzten Woche dem Hilfeschrei des Schutzverbandes Rechnung getragen, indem sie sich der Ausperrung angeschlossen, doch ist die Zahl der von dieser Maßnahme betroffenen Gehilfen und Hilfsarbeiter so gering, daß sie für den Gang der Bewegung nicht in Frage kommt. Dagegen ist die Tatsache zu konstatieren, daß die Fahrenflucht im Schutzverband einen für diesen bedeutenden Umfang annimmt. Die Zahl jener Unternehmer, die einsehen lernen, daß das verbrecherische Treiben der Leitung des Schutzver-

bandes allein dem Gewerbe die größten Wunden schlägt, wächst zusehends und es haben sich neuerdings eine Anzahl Unternehmer bereit gefunden, die berechtigten Forderungen ihrer Arbeiterschaft anzuerkennen und mit dieser Frieden geschlossen. Es bröckelt also im Scharfmacherlager.

Zu dieser Erscheinung, die natürlich vom Schutzverband in allen Konarten abgelehnt wird, wodurch allerdings die Tafsachen nicht aus der Welt geschafft werden, gesellt sich ein Ereignis, das für die fernere Gestaltung der Bewegung und deren Abschluß von einschneidender Bedeutung sein wird. Während bisher jede der beiden Gruppen, Gehilfen und Hilfspersonal, nach eigenem Ermessen den Kampf mit der Unternehmerschaft führten, ist dieser Kampf nunmehr zu einem gemeinsamen geworden.

Am 29. Oktober tagte in Berlin unter der Leitung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine gemeinschaftliche Konferenz sämtlicher Gauleiter und der Hauptvorstände des Verbandes der Lithographen, Steindruckere und verwandter Berufe und des Hilfsarbeiterverbandes, an der auch Vertreter des Buchdrucker- und Buchbindeverbandes teilnahmen. Die von den beiderseitigen Vertretern erstatteten Situationsberichte lassen erkennen, daß die verzweifeltsten Anstrengungen des Schutzverbandes, den Ausperrungen einen größeren Umfang zu geben, erfolglos bleiben. Entgegen den Schwindelnachrichten der Scharfmacher, daß von der Ausperrung 6200 Lithographen und Steindruckere bereits erfaßt seien, wurde auf Grund einwandfreier statistischer Erhebungen festgestellt, daß namentlich infolge der in den letzten Tagen erfolgten Einigung zwischen einer Reihe von Arbeitgeberern und ihrem Personal genau 4479 Gehilfen und zwar 2869 Drucker und 1610 Lithographen im Streik stehen resp. ausgesperrt wurden. In 270 bestreikten Betrieben sind insgesamt 844 Gehilfen stehen geblieben. Nachdem der Verband 17 103 Mitglieder zählt, kann man ungefähr ermaßen, welchen Einfluß die Ausperrung von rund 2000 Mann auf die Gehilfenorganisation ausübt. Die Bewegung erstreckt sich auf 49 Druckorte, während der Senefelder-Bund in 150 Orten Mitgliedschaften zählt.

Die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind mit 1864 Personen an der Bewegung beteiligt, was bei unserem Mitgliederbestand von 16 895 noch weniger in die Waagschale fällt, wie bei den Gehilfen. Festgestellt wurde die erfreuliche Tatsache, daß der unter den Streikenden und Ausgesperrten herrschende Geist ein vorzüglichlicher ist und daß überall eine feste Zuversicht für eine siegreiche Wendung des Kampfes herrscht. Da auch die Bemühungen der Scharfmacher, sich Ersatzpersonal zu verschaffen, vollkommen erfolglos blieben, und die vorhandene „Munition“ als mehr wie ausreichend bezeichnend werden kann, haben die Vertreter beider Verbände einhellig beschlossen, an den gestellten Forderungen nach wie vor festzuhalten und von jetzt ab den Kampf gemeinsam bis zu seiner endgültigen Beendigung zu führen.

Getrennt marschieren und vereint schlagen! Das ist jetzt die Parole, unter der nunmehr gelernte und ungelernete Arbeiter im Steindruckgewerbe in geschlossener Phalanx dem Schutzverband gegenüberstehen, gedeckt von der Sympathie der übrigen graphischen Arbeiterschaft.

Inzwischen setzt der „Schleifstein“ seinen papierernen Krieg gegen die beiden Organisationen fort. Im Schweiße seines Angesichts schleppt der akademische Raddreher einen Mistkübel nach dem anderen herbei, um ihn über die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter und deren Organisationen auszugießen. Wir sind in dieser Beziehung allerdings schon ziemlich unempfindlich geworden, aber heute glauben wir, dem edlen Herrn Schutzverbandsdoktor zu seiner neuesten Leistung ganz besonders gratulieren zu müssen, denn mit ihr hat er ungewisselhaft einen nicht zu schlagenden Refektor aufgestellt. Unter der stereotypen Ueberschrift „Zur Hilfsarbeiterbewegung in Leipzig“ erzählt der „Schleifstein“ über Vorkommnisse in Halle a. S. eine Geschichte, die von A bis Z aus den Fingern gefogert ist. Ist es an sich schon bezeichnend, daß man über Halle a. S. unter dem obigen Rubrum „berichtet“, um die gläubigen Leser besser nahezuführen zu können und ihnen plausibel zu machen, daß es nur in Leipzig eine Hilfsarbeiterbewegung gibt, so überflüssig aber das Gebotene alles bisher dargelegene. In Halle hat in einer Firma das Hilfspersonal gegen den Willen der Verbandsleitung und des Gauvorsichters die Arbeit niedergelegt. Als letzterer hiervon Kenntnis erhielt, begab er sich sofort an Ort und Stelle, um Ordnung zu schaffen, das heißt, das Personal zu veranlassen, den allerdings im guten Glauben begangenen Fehler wieder gut zu machen. Wie stellt nun der „Schleifstein“ die Sache dar? Er schreibt:

„Offenbar auf seine (des Gauleiters) Veranlassung (!) war nun auch ein Teil der Hilfsarbeiterchaft in Halle gegen einzelne Firmen vorgegangen und hatte bei einer Hallenser Firma unter Kontraktbruch, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, die Arbeit niedergelegt. Es kam zur Verhandlung vor dem Hallenser Gewerbegericht (!), bei der ein Vertreter der Hilfsarbeiter, der Vorstand des Ortsvereins Leipzig des Hilfsarbeiterverbandes, die Herren Scheibe und Stolte aus Halle und der Gauvorsicht Herr Otto Schulze aus Leipzig vertreten waren.“

Sobiel Worte, sobiel Schwinde! Obwohl dem Schreiber obiger Darstellung bekannt war, was er nachher selbst betont, daß unser Kollege Schulze mit dem Vorgehen des Hilfspersonals bei der Firma Warnecke in Halle, um die es sich hier handelt, nicht einverstanden war, und daher auch sofort für die Wiederaufnahme der Arbeit wirkte, erdreißtet er sich zu schreiben, daß „offenbar auf Veranlassung“ des Kollegen Schulze das Hilfspersonal vorgegangen ist. Diese strupellose Verdächtigung eines unserer Funktionäre wird aber noch von der freien Lüge überboten, daß vor dem Hallenser Gewerbegericht eine Verhandlung im Weisheit der genannten Personen stattgefunden habe. Es haben in Halle zwei Verhandlungen stattgefunden, aber keine

vor dem Gewerbegericht, sondern beide im Kontor der Firma Warneke. Die erste Unterredung hatte Gauleiter Schulze am 19. Oktober allein mit drei Firmenvertretern, um sich über die Vorkommnisse informieren zu lassen. Das zweite Mal wurden den Verhandlungen (wieder im Kontor der Firma), die am 23. Oktober abends von 7-8 Uhr gepflogen wurden, ein Vertreter der Haleschen Buchdruckereibesitzer und zwei Mitglieder unseres dortigen Ortsverbandes zugezogen. Hierbei wurden die Abmachungen über die Wiederaufnahme mündlich stipuliert, trotzdem schreibt der „Schleiffstein“: „Die Verhandlungen wurden schriftlich stizziert...“ und nun kommt das Unglaubliche! Es wird ein umfangreiches Schriftstück abgedruckt, welches sogar von den Hilfsarbeitervertretern als „Erklärung“ unterschrieben worden sei. Höher geht's nimmer!

Verhandlungen vor dem Gewerbegericht, die nie stattgefunden haben; schriftliche Erklärungen, die nie gegeben wurden; und last not least — Unterschriften, die kein Mensch geleistet hat! Wenn das noch nicht zickt, dann ist dem Schutzverband nicht mehr zu helfen. Er hat's wahrlich herrlich weit gebracht, daß er schon zu solchen erbärmlichen Fälschereien seine Zusucht nehmen muß, die ihn allerdings in den Augen aller anständigen Menschen entsprechend charakterisieren.

Nun aber die aus der ganzen Schwindelnotiz gezogene Schlußfolgerung. Diese entfällt so ungeschminkt die ganze verlotterte Anschauungsweise dieser Scharfmacherklasse, daß man sie der Nachwelt unbedingt erhalten muß. Sie lautet:

„Sie (die erschwundene Erklärung) spricht für sich selbst, sie bedeutet eine derartig ungeheuerliche Niederlage der Hilfsarbeiter, wie sie im Gewerkschaftsleben wohl einzig dasteht. Sie läßt aber einen tiefen Blick tun in die unglaubliche Zersahrenheit, die in der Leitung der Hilfsarbeiterschaft herrscht und sie zeigt deutlich, daß mit solchen Leuten, die weder wissen, was sie wollen, noch Sinn und Verständnis für abgeschlossene Verträge haben, die nicht zu wissen scheinen, daß man Verträge schließt, damit sie auch gehalten werden, daß Verträge nicht einseitig aufgehoben werden können, daß mit solchen Leuten ein genereller Lohn- und Arbeitsvertrag nicht abgeschlossen werden kann, wenn man diese Institutionen nicht zur Farce werden lassen will.“

Also, das Vorhandensein jener ominösen Erklärung wirklich angenommen, wird es dem Hilfsarbeiterverband als eine ungeheure Niederlage gut geschrieben, wenn er sein Bestreben darauf konzentriert, eingegangene Verpflichtungen ehrlich zu halten und seine Mitglieder dazu zwingt, selbst dem wirtschaftlichen Gegner gegenüber ihre Pflicht voll und ganz zu erfüllen. Man richtet sich unwillkürlich, ist zu solchem Tun Dummheit oder Frechheit oder beides zusammen die Triebfeder. — Der glühende Haß gegen die Arbeiterschaft und deren Interessenvertretern zettelt allein hier Früchte, wie man sie wohl noch nirgends gefunden hat. Man entbietet sich nicht, in einem Atemzug das Eintreten der Organisation für die Innehaltung vertraglicher Verpflichtungen als eine beschämende Niederlage hinaus zu posieren und konstatiert gleichzeitig, daß in dieser Organisation kein „Sinn und kein Verständnis für abgeschlossene Verträge“ existiert. Mit solichem Geschicklich herumschlagen zu müssen, gehört wirklich zu den eckelhaftesten Aufgaben eines Arbeitervertreter! —

Der Schlusssatz in der obigen Auslassung des „Schleiffsteins“ ist in seiner Ungeheuerlichkeit an den Deutschen Buchdrucker-Verein adressiert, der weiterhin gegen uns scharf gemacht werden soll. Aus unseren heutigen Darlegungen möge aber jene Seite ersehen, mit welchen unsauberen Mitteln sie vom Schutzverband dupiert wird, und wenn, wie immer, noch Sinn für Menschlichkeit im Deutschen Buchdrucker-Verein vorhanden ist, dann wird man solchen Gebaren die richtige Würdigung zuteil werden lassen. Ueber das zuletzt Gesagte demnächst mehr.

## Teuerung und Notstand.

### III.

#### Auffällige Uebereinstimmung.

Die an der Teuerung interessierten Kreise, denen aus dem Notstand noch besondere Vorteile und Gewinne erwachsen, sie ergehen sich in den dreifachen Behauptungen, daß der Wohlstand der Arbeiter sich ständig gehoben habe und sich in aufsteigender Linie bewege. Wichtig ist, daß die Lage der arbeitenden Bevölkerung durch die unermüdlige Arbeit der Gewerkschaften und der Vertreter des Volkes in den Parlamenten so gestaltet hat, daß eine völlige Verelendung verhindert wurde. Wichtig ist, daß die Gewerkschaften sich immer wieder genötigt sehen, der durch die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angebotenen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des arbeitenden Volkes mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Doch das hindert die Volkseinde nicht, in ihren Behauptungen von dem steigenden Wohlstand der Arbeiterklasse fortzufahren. Eine auffällige Uebereinstimmung herrscht in dieser Frage zwischen den Großindustriellen, Großgrundbesitzern und der Regierung. Die Großindustriellen sehen in der Behauptung von dem steigenden Wohlstand der Arbeiterklasse einen Vorwand, die berechtigten Arbeiterforderungen als unerfüllbar abzulehnen. Die Großgrundbesitzer sehen darin einen Vorwand, ihre volksfeindliche Interessenpolitik auf Kosten der Volksernährung weiter zu betreiben. Die Regierung erfüllt schließlich die Sonderwünsche der industriellen Volksausbeuter und der agrarischen Lebensmitteldrucker, wenn sie diese Behauptung wiederholt oder wiederholen läßt.

Alle Kreise des arbeitenden Volkes aber sind sich darin einig, daß es für das arbeitende Volk keinen steigenden Wohlstand, wohl aber einen steigenden Notstand gibt, der immer wieder schwere wirtschaftliche Kämpfe notwendig macht. Das leugnen die industriellen und agrarischen Scharfmacher und Volkseinde rundweg ab. Sie behaupten wieder übereinstimmend, daß die wirtschaftlichen Kämpfe auf die Verheerung der Arbeitermassen durch „gewissenlose Agitatoren“ zurückzuführen seien. Nun, wenn dem so ist, dann müßte ja auch der steigende Notstand durch Agitatoren künstlich hervorgerufen worden sein, damit die „Verheerung des Volkes“ auch mit Erfolg betrieben werden kann. Und in der Tat, die agrarischen Volkseinde scheuen sich nicht, die Schuld oder doch die Mitschuld an der Teuerung der Preise und den „Agitatoren“ zuzuschreiben. Auch da besteht eine ganz auffällige Uebereinstimmung mit der Regierung.

Es ist die agrarische Interessenpolitik und die Preistreiberei der Unternehmerkartelle, die den steigenden Notstand verschuldet haben. Das böse Gewissen zeigt sich aber, wenn diese Kreise dazu übergehen, von den Städten Maßnahmen gegen den wachsenden Notstand zu verlangen. Auch da ist eine auffällige Uebereinstimmung mit der Regierung zu bemerken. So schrieben die Berliner Politischen Nachrichten in einem, von der Kreuzzeitung nachgedruckten, Artikel unter anderem:

„Die Staatsregierung hat das ihrige getan, es ist Sache der Gemeindeverwaltungen, nimmerehr ihrerseits mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die künstlichen Preistreiberer zu wirken. Das ist durch Einrichtung von Verkaufsstellen für Erzeugnisse der Seefischereien und ähnliche Maßnahmen in einigen Kommunen und in gewissem Umfange bereits geschehen. Aber an dem wichtigsten fehlt es bisher noch: an der Sicherstellung einer genügend billigen Fleisch- und Kartoffelversorgung für die großstädtische Bevölkerung. Nehmen die Gemeindeverwaltungen die Beschaffung dieser Nahrungsmittel selbst in die Hand, so wird der Bewohner der großen Städte für seinen notwendigen Lebensunterhalt in diesem angeblühen (!) Notjahr kaum mehr auszugeben haben, als in irgendeinem früheren guten Erntejahr. Mit einem Schlage würde dann, sofern das Nötige sofort geschieht, den Elementen im Zwischen- und Kleinhandel, die bei ihren gänzlich unberechtigten Preistreibererien nur ihr eigenes Interesse im Auge haben, das Handwerk gelegt, mit einem Schlage würde auch der agita-

torischen Bearbeitung der Massen, die sich die herrschende Lebensmittelteuerung zunutze macht, ein Ende bereitet sein.“

Ganz abgesehen von der Uebereinstimmung zwischen den agrarischen Scharfmachern und der Regierung über die Beschuldigung des Zwischenhandels, so ist besonders auffällig die Uebereinstimmung über die Aufgaben der Städte. Diese Uebereinstimmung erblickt aus wiederholten Kundgebungen der Regierung und auch aus der Rede des Reichskanzlers zur Teuerungsinterpellation im Reichstag vom 23. Oktober d. J. Der Reichskanzler, der jedes Entgegenkommen der Regierung zuingunsten der agrarischen Interessenpolitik ablehnte, sagte unter anderem:

„Neben den großen Privatunternehmungen halte ich eigentlich die Kommunen für die einzigen, die in der Lage sind, einem übermäßigen Anwachsen der Detailpreise (als ob das die Ursache der Teuerung wäre!) Einhalt zu tun, weil sie geeignet sind, die Einrichtungen den örtlichen Verhältnissen anzupassen.“

Der von den Agrariern und der Regierung beschworene Kommunalsozialismus ist nur zu sehr verständlich. Die agrarische Interessenpolitik dominiert, und wehe den Regierungsvertretern, die nicht zum mindesten diese Interessenpolitik, genannt: Schutz der Landwirtschaft, Schutz der nationalen Arbeit, anerkennen und aufrecht erhalten. Die Not des Volkes sehen sie nicht, für sie giebt es vor allem die eigenen Interessen. Wichtig ist zweifellos die Wirksamkeit der Kommunen, um der Teuerung zu begegnen. Das soll aber nicht nur deshalb geschehen, um, wie das Organ des Bundes der Landwirte sagt: die Lage der Landwirte nicht zu erschweren.

Die jetzt in den Zeiten der Teuerung hervorgetretene Vorliebe der Agrarier und der Regierung für den Kommunalsozialismus wird durch eine Eingabe des Vorstandes des Deutschen Städtetages in das rechte Licht gerückt. Der Vorstand ist keineswegs von der Wirksamkeit der vorgeschlagenen städtischen Maßnahmen überzeugt. Die Eingabe fordert besonders Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischnot durch die Regierung:

„Erläuterung der Einfuhr von lebendem Vieh aus unseren Nachbarländern, des weiteren Ermöglichung der Einfuhr von gestroremem und gefülltem Fleisch, insbesondere aus Argentinien, und endlich Einfuhr von Fleisch aus unseren Kolonien.“

Also, nicht durch kommunale Maßnahmen, sondern durch Beseitigung der agrarischen Interessenpolitik kann der Lebensmittelpreuerung wirksam begegnet werden. Es ist auch bezeichnend, daß die Eingabe darauf verweisen muß, daß alle ähnlichen bisherigen Eingaben des Vorstandes des Städtetages ohne Erfolg geblieben seien. Warum wohl? Die jetzige Eingabe fordert auch die Aufhebung der Futtermittelzölle. Wird der Erfolg wieder ausbleiben?

Die Maßnahmen der Städte werden zudem noch durch den maßgebenden Einfluß der Handels- und Hausbesitzerkreise erschwert. Ueberall stellen sich die Interessen der bessergestellten Volkskreise gegen die Interessen der wertaktigen Bevölkerung. Um so erfreulicher ist es, wenn einzelne Gemeinden der Not des Volkes durch wirksame Mittel, durch Lohn- und Notstands-zulagen für städtische Beamte und Arbeiter sowie durch Aufzucht des Lebensmittelpflanzers begegnen. So hat der Stadtrat in Löbau, Sachsen, beschlossen, bei der Bäder- und der Fleischerinnung wegen Herabsetzung der Preise vorstellig zu werden. Bleibt der Erfolg aus, dann sollen im städtischen Schlachthof Schlachtungen im städtischer Regie erfolgen und Lebensmittel zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. In vielen anderen Städten sind auf Antrag der Vertreter des arbeitenden Volkes ähnliche Maßnahmen beschlossen worden.

Doch erst dann, wenn die auffällige Uebereinstimmung zwischen Agrariern und Regierung, erst dann, wenn die agrarische und großindustrielle Interessenpolitik beseitigt sein wird, beseitigt durch die unermüdlige Tätigkeit der modernen Arbeiterbewegung, erst dann werden die berechtigten Interessen des Volkes gedeihen.

## Neutralität und Reichstagswahl.

Bei dem großen politischen Ringen, was in einigen Wochen in Deutschland einsehen wird, stehen den deutschen Gewerkschaftlern und auch den unorganisierten Arbeitern Preise von hohem Werte in Aussicht, wenn jeder Arbeiter, mit dem Stimmzettel in der Hand, seine Schuldigkeit tut und die Partei der Arbeiter, die Sozialdemokratie, unterstützt. Tut jeder Gewerkschaftler seine Pflicht, dann kann es für die Partei der Unterdrückten kein Unterliegen, sondern nur ein Siegen geben. Die Sünden der bürgerlichen Parteien und besonders des Zentrums sind so ungeheuer, daß jetzt auch die christlichen Arbeiter aufmucken, da sie eben jetzt die Fehler und Vergehen der Zentrumspartei am eigenen Leibe büßen müssen. Auch diese Arbeiterchaft ist hoffentlich in den letzten Jahren zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Reichstag anders zusammengesetzt werden muß, wenn die Arbeiterchaft gerechter behandelt werden soll. Es ist ein verkehrter Standpunkt, wenn leider auch heute noch Arbeiter sagen, die ganze Wählerlei habe keinen Zweck, denn die Regierung mache ja doch, was sie wolle. Nein, Gewerkschaftsgenossen! Die Regierung magt nur solange, was sie will, solange die Arbeiterchaft keine genügend starke Vertretung im Reichstag hat. Weil aber die Sozialdemokratie die Interessen aller Arbeiter fleißig mit Nachdruck vertritt, daher die Angst der Regierung vor dieser Partei, daher die Furcht des Zentrums vor der Abrechnung 1912.

Wie schwer die christlichen Arbeiter die Sünden des Zentrums am eigenen Leibe erfahren, bringt ein vor der letzten allgemeinen Wahl in Düsseldorf von diesen Arbeitern und christlichen Handwerkern verbreitetes Flugblatt zum Ausdruck. Es heißt dort u. a.:

„Die Wählerchaft des Zentrums besteht zu 80 Prozent aus dem wertigsten Volk, die Abgeordneten sind fast ausschließlich aus den bestsitzen Kreisen oder von denselben abhängig. In den örtlichen Wahlkomitees der Zentrumspartei sind die Arbeiter, ausgenommen ein paar Scheinarbeiter, nicht zugelassen. So ist es leicht erklärlich, daß diese Herren über die Köpfe des arbeitenden Volkes hinweg die Abgeordneten diktieren und eine Politik machen, wozu das christliche arbeitende Volk nicht mehr länger schweigen kann. Auf sozialpolitischem Gebiet hat unsere Zentrumspartei in den letzten Jahren fast nichts getan, wohl aber hat das Zentrum mitgearbeitet, den indirekten Steuerzettel des arbeitenden Volkes durch Verteuerung der notwendigen Lebensmittel zu verdoppeln.“

Die Lebensmittel steigen von Woche zu Woche, immer trostloser wird die Lage des Arbeiters. Nicht einmal mehr ein Stückchen Fleisch erscheint heute noch auf dem Mittagstisch zahlreicher Arbeiterfamilien.

Dem arbeitenden Volke verteuert unsere Zentrumspartei die notwendigen Lebensmittel, um des reichen Mannes Steuerzettel zu schützen.“

In diesem Tone schimpfen die christlichen Arbeiter weiter auf ihre Partei. Wie muß es da erst heute unter den christlichen Gewerkschaftlern brodeln, wo die Lage der Arbeiter durch die Schuld des Zentrums noch viel schlechter geworden ist. Wir können den christlichen Arbeitern ebenfalls den Satz im Flugblatt ins Gedächtnis rufen: „Christliche Gewerkschaftler, laßt euch nicht länger einblenden!“ Die christlichen Gewerkschaftler wissen genau, daß sie als Agitationskolonnen des Zentrums auch Mitschuldige dieser arbeitertfeindlichen Partei sind. Die christlichen Gewerkschaftsführer schämen sich im Innern der Laten ihrer politischen Vertretung, des Zentrums. Offen dürfen sie das allerdings nicht sagen und sind auch im übrigen bemüht, den Arbeitern vorzureden, daß das Zentrum auf die christlichen Gewerkschaften keinen Einfluß habe und mithin auch diese Gewerkschaften nicht für die Laten des Zentrums oder sonstiger kirchlicher Einflüsse verantwortlich gemacht werden können.

Diese christlichen „Führer“ sind auf ihre sogenannte „Neutralität“ stolz, die bei den christlichen Gewerkschaften in bezug auf religiöse und politische Fragen angeblich geübt wird. Sie verwahren sich deshalb auch gegen die Bezeichnung „Zentrumsgewerkschaften“.

## Was ist denn Neutralität?

Wir freien Gewerkschaften verstehen darunter, daß jeder in die Organisation aufgenommen wird, ganz gleich, welcher Partei, Religion oder Klasse er angehört. Wir fragen bei der Aufnahme nicht, bist du Jude, Christ oder Sozialdemokrat. Aber außerhalb der Gewerkschaftsorganisation spielen so viele Fragen und besonders in der Politik, die uns Gewerkschaftler betreffen, daß es Pflicht der Organisationsleiter ist, die Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, von welcher politischen Partei den gewerkschaftlichen Interessen Gefahr droht. Wir können freilich niemand durch Statut verpflichten, eine bestimmte Partei zu wählen. Aber wir haben die Pflicht, die Laten jeder politischen Partei an den Augen der Mitglieder Revue passieren zu lassen und die Mitglieder dann aufzufordern, ihr Staatsbürgerrecht unbedingt auszuüben und den Stimmzettel abzugeben für denjenigen Kandidaten, der wirklich Arbeiterinteressen vertritt. Wenn sich dann bei diesem „Revue-passierenlassen“ herausstellt, daß wir Gewerkschaftler nur zur Sozialdemokratie Vertrauen haben können, dürfen wir auch nur zur Abgabe der Stimmzettel für die Sozialdemokratie auffordern. Das soll nach Ansicht der christlichen Führer Neutralitätsverletzung sein! Nein, hier liegt keine Neutralitätsverletzung vor, sondern Notwehr, denn alle bürgerlichen Parteien haben seit jeher die Interessen der Gewerkschaften mit Füßen getreten. Man lese doch noch einmal das obige Flugblatt!

Wie steht es nun in dieser Frage mit der Neutralität der christlichen Gewerkschaften? Schon die Firma mit dem Wort „Christliche“ weist darauf hin, daß nur die auf einem bestimmten kirchlichen oder religiösen Standpunkt stehenden Arbeiter aufgenommen werden! Ist das neutral? Knäplich der letzten allgemeinen Reichstagswahlen kamen in Düsseldorf die christliche Gewerkschaftsführer zusammen, um zur Wahl Stellung zu nehmen. Natürlich zugunsten des Zentrums. Weiter schrieb die christliche Holzarbeiterzeitung: „Keine Stimme der Sozialdemokratie!“ Der christliche Bergknappe meinte höhniisch: „Wenn wir nicht parteipolitisch neutral wären, hätten wir alle Ursache zu sagen: Nieder mit der Sozialdemokratie!“ Der christliche Gewerkschaftssekretär Inubusch erklärte 1906 in Essen: „Wir müssen endlich auch Anschluß an eine politische Partei suchen und das kann für katholische Arbeiter nur die Zentrumspartei sein!“ Ein christlicher Legilarbeiterführer erklärte in einer Versammlung bei Esslingen 1908: „Alle, die christlich organisiert sind, müssen sich auch dem katholischen Volksverein anschließen!“ Dieser Volksverein ist aber der Wahlverein für die Zentrumspartei. Das ist die Neutralität der Christlichen. Und diese Leute wollen uns Neutralitätsbruch vorwerfen, weil wir unsere Pflicht erfüllen und das Volk auf das verräterische Zentrum aufmerksam machen, die Gewerkschaftler vor einer solchen Partei warnen! Die übrigen bürgerlichen Parteien sind nicht besser; wenn wir das Zentrum besonders herausgreifen, so deshalb, weil leider noch eine große Anzahl Arbeiter dieser Partei nachläßt und sich als Wähler mißbrauchen läßt. Jetzt müssen sich diese christlichen Arbeiter, wenn sie mit der Begründung, daß alles teurer geworden ist, Lohnforderungen einreichen, von den Unternehmern sagen lassen: „Ja, da seid ihr ja selber Schuld, warum wählt ihr euch solche Vertreter, die euch die Verteuerung machen!“ So bekommen die christlichen Wähler die eigenen Sünden um die Ohren geschlagen! Vor der Wahl ist der christliche Arbeiter als Stimmvieh vom Zentrum umschmeichelt, nach der Wahl ist er für die hohen Herren Luft. Er darf in der Zentrumspartei nicht selbständig wirken. Anders bei der Sozialdemokratie! Pfarrer Fuchs-Essen sagte: „Alle geistig bedeutenden Arbeiter hängen an der Sozialdemokratie mit inbrünstiger Liebe, weil sie dort selbständig wirken können. Diese Arbeiter kann die Kirche nicht bieten!“ Die christlichen Arbeiter müssen im eigenen Interesse „schwarz“ besteuert legen und „rot“ wählen. Jeder gehe zur Wahl! Fort mit den Nichtwählern, unseren Feinden!

## Aus dem Genossenschaftsleben.

Die Konsumgenossenschaften und ihre Groß-Einkaufsgesellschaft haben das Bestreben, ihre Eigenproduktion immer mehr auszudehnen; wie es bei den einzelnen Genossenschaften durch Errichtung solcher Betriebe zum Ausdruck kommt, die sachgemäß nur für einen oder einige räumlich zusammenliegende Orte produzieren sollen, so legt die Groß-Einkaufsgesellschaft Wert auf Errichtung zentraler Betriebe, deren Produkte unbeschadet ihrer Qualität weite Reisen vertragen können. Zu ihrer großen Seifenfabrik in Gröba-Kiefa, ihren Zigarrenfabriken und mehreren kleineren Produktionsbetrieben hat die Groß-Einkaufsgesellschaft am 27. September eine Zündholzfabrik in Lanenburg a. Elbe hinzugekauft, wo sie am 1. Juli 1912 die Produktion aufnehmen wird. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaften können insofern außerordentlich fördernd auf die Ausdehnung der zentralen Eigenproduktion hinwirken, als sie die von der Groß-Einkaufsgesellschaft mit ihrer Groß-Einkaufsgesellschafts-Marke versehenen Artikel in ihren Geschäften fordern. Was für Vorteile die Konsumenten von einem festen Zusammenschluß haben können, beweisen uns unsere Gegner, die Rabattvereiner. Der Königsberger Rabattverein besetzt nach nicht einmal zehn Jahre und schon besitzt er ein Vermögen von 200.000 Mk., von dem er für seine Mitglieder ein Erholungsheim errichten will. Allem Anschein nach sind diese 200.000 Mk. aus den verlorenen Rabattmarken zusammengebracht worden, denn jede vom Käufer verlorene oder nicht eingelöste Marke bedeutet einen Verlust für den Käufer und einen Gewinn für den Rabattverein. Die englische Genossenschaftsbewegung hat schon für ihre Mitglieder große Erholungsheime schaffen können, während die Konsumenten in Deutschland vielfach noch die Bausleine zusammentragen, damit sich die Händler Erholungsheime bauen oder andere Vorteile verschaffen können. Darum ist es den Händlern ja gar nicht zu verübeln, wenn sie in ihren Organisationen die Konsumvereine aufs Schärfste bekämpfen und nach Ausnahmesteuern für sie schreien. Und weil nun ihr Schreien ohne Wirkung bleibt, darum hatte der Zentralverband Deutscher Konsumvereine zum 3. und 4. Oktober eine Konferenz in Frankfurt a. Main zusammenberufen, die sich zum Teil mit solchen öffentlichen Fragen wie die Konsumvereinsbekämpfung und die Steuererhebung zu beschäftigen hatte. Der erste Punkt der Tagesordnung dieser Konferenz lautete: „Grundsätzliche Stellungnahme zur Frage der Besteuerung der Konsumvereine.“ Den hauptsächlichsten Anstoß zu der Behandlung dieser Frage gab der Antrag des konservativen Abgeordneten Hammer, der ja nichts mehr und nichts weniger bedeutet, als eine Erdbroschungssteuer der Konsumvereine, und der wahrscheinlich die nächste Session des preussischen Landtages beschäftigen wird. Des weiteren machte aber auch die ganze steuerliche Unsicherheit, die ständig über den Konsumvereinen schwebt, eine gründliche Aussprache über diese Angelegenheit notwendig, um eine gemeinsame Abwehraktion einzuleiten. Ein voller Verhandlungstag wurde zur Erörterung dieser Frage verwendet mit dem Resultat, daß in allen Revisionsverbänden zur Behandlung der Steuerfrage geeignete Personen zu einer Steuerkommission zusammenzutreten sollen, deren Obmänner eventuell zu einer Zentralkommission zusammenberufen werden können. Die Kommissionen werden nicht nur die Abwehrbewegung gegen neue Steuerbefehle leiten, sondern auch die Steuerfrage ständig im Auge haben, Material zu ihrer Beurteilung sammeln und zu gegebener Zeit die Resultate ihrer Arbeit einem Genossenschaftstage unterbreiten.

Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung wurde nach einem interessanten Referat und einer ausgiebigen Diskussion eine Resolution angenommen, welche die Tatsache feststellt, daß seit Jahren in Handwerkskammern, Hausfabrik und Händlerorganisationen sich Bestrebungen geltend machen, den Kandidaten bei politischen Wahlen sogenannte „Mittelstandsfordernungen“ zur Anerkennung zu unterbreiten; diese beziehen sich auf gesetzgeberische Bekämpfung der Konsumvereine

durch Ausnahmebesteuerung und Beschränkung des Geschäftsbetriebs und auf die Verhinderung der Gründung neuer Konsumvereine durch Aufwerfen der Bedürfnisfrage. Als Abwehrmaßregel sind in jedem Wahlkreis, in dem Konsumvereine vorhanden sind, Abwehrkommissionen zu bilden, welche den Kandidaten aller Parteien die Fragen vorzulegen haben, ob sie im Fall ihrer Wahl bereit sind, gegen jede Benachteiligung der Konsumvereine auf dem Gebiet der Gesetzgebung zu stimmen, bei einer event. Veränderung des Genossenschaftsgesetzes jede Verschlechterung desselben abzuwehren, sowie auch jede Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine abzulehnen. Die Abwehrkommissionen sollen die Antworten der Kandidaten zur Kenntnis der Konsumvereinsmitglieder bringen und diese mit Nachdruck aufordern, erklären Segnern ihre Stimme nicht zu geben. Dabei sollen ausweichende Antworten oder Verweigerung der Antwort als gleich bedeutend mit Gegnerschaft gegen die Konsumvereine gewertet werden.

Hierdurch wird nun die Kandidatenfrage in die Kreise der Konsumvereinsmitglieder getragen. Wohlgerne, der Konsumvereinsmitglieder! Nicht der Konsumvereine. Diese müssen nach wie vor als wirtschaftliche Organisationen, die unter dem Genossenschaftsgesetz stehen, die Neutralität wahren, während natürlich ihren Mitgliedern die politische Bewegungsfreiheit unbenommen bleibt. Diese Abwehrbewegung wird ihre Wirkung nicht verfehlen, den größten Erfolg würde sie aber dann verzeichnen, wenn sie für die Zukunft die Anwendung solcher Maßnahmen überflüssig machen und der Konsumvereinsfrage wieder einen rein wirtschaftlichen Charakter geben würde.

Die Konferenz behandelte sodann noch die Gewerkschaften und Genossenschaften gleich sehr interessierende Frage über „die laufenden Konsumvereinsabläufe bei hochlohnorientierten Lieferanten“. Nach einem Beschluß sollen beide Korporationen gemeinsam versuchen, sich über die Verhängung eines Verbots zu verständigen. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich bisher vorhandene Unzuträglichkeiten beseitigen lassen und die Vereinbarungen zum Nutzen beider Parteien ausgelegt werden können. Die Besprechung dieser Frage hatte rein informativen Charakter.

Die Konferenz wählte sodann noch eine Berufsgenossenschaftskommission, welcher die Aufgabe gestellt wurde, Material zu sammeln und die vorhandenen Kräfte so zu organisieren, daß sie auch mit Rücksicht auf Erfolg die Interessen der Konsumvereine in den Verordnungen der Berufsgenossenschaften zur Geltung bringen können.

Zum Schluß wurde noch bestimmt, daß gelegentlich des Genossenschaftstages 1912 in Berlin eine genossenschaftliche Ausstellung stattfinden soll, die auf breiterer Grundlage, als bei dem ersten Versuch in Leipzig, ein Spiegelbild genossenschaftlicher Erfolge bieten soll.

Damit war die bedeutende Tagung erledigt, deren Wichtigkeit und Wirksamkeit wahrscheinlich schon in nächster Zukunft sowohl den Konsumgenossenschaften als auch den Feinden unserer Bewegung vor Augen geführt werden wird.

Die letzte Notiz dieser Rubrik in Nr. 39 enthält einen wohl auf Pünktlichkeit beruhenden Druckfehler, es heißt da in der ersten Zeile „sommerliche Sommertage“, das Manuskript spricht von „sommerlichen Sonnentagen“.

Gert.

## Volkswirtschaft.

### Ein- und Ausfuhr.

Den besten Wertmesser über Industrie und Handel eines Landes geben die Ziffern der Ein- und Ausfuhr. Während man an den Ausfuhrziffern am besten die Produktion des Stammlandes beurteilen kann, zeigen die Ziffern der Einfuhr hinwiederum, was in dem betreffenden Lande weniger fabriziert wird oder aber den größeren Bedarf der betreffenden Waren in dem Einfuhrlande.

Ueber diesen Wertmesser der Industrie geben die Statistiken die besten Aufschlüsse. Aus diesen Statistiken der letzten Monate kann entnommen werden, daß der Wert des Außenhandels eine

starke Zunahme gegen das Jahr 1910 erfahren hat, während die Menge der Ausfuhr nicht die Höhe des Vorjahres erreichte.

Zubetreff der Einfuhrmenge ergibt sich, daß diese fast um zwei Millionen Doppelzentner größer war als in demselben Zeitabschnitt des Vorjahres (August resp. September).

Zu dieser Steigerung der Einfuhr haben im wesentlichen die Erzeugnisse des Ackerbaues beigetragen. Im August 1910 betrug die Einfuhr dieser Erzeugnisse rund 8 Millionen Doppelzentner, während sie im gleichen Monat dieses Jahres auf rund 10½ Millionen stieg. Interessant ist dagegen, daß die Ausfuhr derselben Erzeugnisse im August 1910 rund 1½ Millionen Doppelzentner betrug, um im gleichen Monat 1911 auf rund 1 Million Doppelzentner zu fallen.

Verfolgt man die Ziffern weiter, so kommt man zu dem Schluß, daß die Ziffern sowohl der Einfuhr wie der Ausfuhr in den letzten 10 Jahren in fortwährendem Wachsen begriffen sind. Wenn auch in einzelnen Artikeln eine rückläufige Bewegung festzustellen ist, so zeigen die Endsummen doch, daß seit dem Jahre 1902 die Einfuhr um rund 79 Millionen Tonnen (1 Tonne gleich 1000 Kilogramm) gestiegen ist, während sich die Ausfuhr um rund 180 Millionen Tonnen erhöhte.

Unter den Einfuhrartikeln sind am stärksten vertreten (außer Ackerbauerzeugnissen) Forstwirtschaftserzeugnisse mit 11 Millionen, Erze, Schlacken usw. mit 13 Millionen, Steintohlen mit 9½ Millionen, Braunkohlen mit 4½ Millionen Doppelzentner. Die kleinsten Einfuhrziffern befinden sich bei Gold und Goldwaren: 302 Doppelzentner, während an Papier und Pappen oder an Waren daraus rund 98 000 Doppelzentner eingeführt wurden; an Büchern, Bildern und Gemälden wurden 5000 Doppelzentner eingeführt.

Interessant ist es, den obigen Einfuhrziffern diejenigen der Ausfuhr gegenüber zu stellen: Ackerbauerzeugnisse wurden ausgeführt rund 1 Million Doppelzentner, Forstwirtschaftserzeugnisse ½ Million, Steintohlen rund 21 Millionen, Braunkohlen 7 Millionen Doppelzentner; an Papier und Pappen oder Waren daraus wurden 414 000 Doppelzentner, an Büchern usw. 17 500 Doppelzentner ausgeführt.

In den Ausfuhrziffern ist vor allem ein Rückgang in der Abnahme des Exports der landwirtschaftlichen Erzeugnisse festzustellen und zwar um 370 000 Doppelzentner. Es ist dieses auf die schlechte Ernte namentlich der Kartoffeln zurückzuführen.

Ein Ausgleich der wenig befriedigten Ernte in Deutschland wird durch eine erhöhte Einfuhr herbeigeführt. Es ist in diesen Artikeln gegen den Monat September 1910 eine Zunahme von über 4 Millionen Doppelzentner festzustellen. Die im September d. J. eingeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse hatten einen Wert von 517 Millionen Mark.

Den Hauptanteil dieser Einfuhrwerte haben die Nahrungsmittel usw. In den ersten neun Monaten dieses Jahres mußte Deutschland an das Ausland 288 Millionen Mark mehr ausgeben als im selben Zeitabschnitt des Vorjahres. Allein aus diesen Ziffern kann man einen Schluß ziehen auf die Ernte, welche der letzte trockene Sommer in so wenig befriedigter Weise brachte. — e.

## Rundschau

Schwere Erkrankung des Verbands-Vorsitzenden Bömelburg. Unmittelbar nach Erledigung des großen Kampfes im Baugewerbe erkrankte der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Genosse Bömelburg, derart, daß er sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zunächst nach Wiesbaden und später nach Elgersburg in Thüringen begeben mußte. Wie der „Grundstein“ mitteilt, verschlummerte sich in letzter Zeit der Zustand Bömelburgs in solchem Grade, daß seine völlige Wiederherstellung in Zweifel steht.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß diese Besichtigung nicht eintritt und somit der Arbeiterbewegung in Bömelburg einer ihrer besten Vorämpfer erhalten bleibt. — Etwas Verwunderliches ist es aber nicht, wenn Menschen in Stellungen, wie sie die Arbeiterorganisationen zu vergeben haben, am Ende mit ihrem Nervensystem zusammenbrechen. Es gibt ja wohl über-

haupt keine Arbeitstätigkeit, ausgeführt mit ganzer Hingabe, die so aufreibend ist wie die eines Gewerkschaftsangehörigen.

Der Staat lebt von den Hungernden! Erst vor einigen Tagen ist in der sozialdemokratischen Presse durch genaueste Berechnungen festgestellt worden, daß der wöchentliche Nahrungsmittelverbrauch einer Arbeiterfamilie von fünf Köpfen — zwei Erwachsene und drei Kinder — von 22,20 Mk. im Jahre 1900 auf 26,60 Mk. im Jahre 1910 und 30,34 Mk. im September 1911 gestiegen ist! Als Grundlage war bei dieser Zusammenstellung stets die Normalration des deutschen Marinejoldaten benutzt. Dabei ergab sich, daß schon 1900 ein Jahreseinkommen von rund 2000 Mark für jede fünfköpfige Arbeiterfamilie notwendig war, nur um so zu leben, wie der deutsche Marinejoldat. Die Nahrungsmittelausgaben, wie sie der vergangene Monat dieses Jahres erheischte, verlangen aber bei normaler Höhe — Marinejoldatration — ein Jahreseinkommen von 3200 Mk.! Hunderttausende und Millionen von Familienvätern haben ein weit geringeres Einkommen als dieses, sie leben demzufolge alle viel schlechter als der gewöhnliche deutsche Marinejoldat!

Aber nicht nur, daß die Hungerzollpolitik, die Methode systematischer Grenzverengung, den Arbeiter zur Verelendung zwingt, nicht nur, daß das jetzt zur Welt kommende Geschlecht die Sünden der Regierung als lebenslängliche Last mit sich herumzuschleppen wird, der Staat verdient auch noch an den elend geringen Ausgaben des Arbeiters für den Nahrungsmittelverbrauch.

Wird berechnet, wieviel von den Nahrungsmittelpreisen der Normalauswendung für eine fünfköpfige Familie, wie wir sie angenommen haben, durch indirekte Steuer resp. Zölle entfällt, so ergibt sich das folgende Bild:

Wöchentliches Nahrungsmittelaufwand einer fünfköpfigen Familie, September 1911: 30,34 Mk.  
Darin ist indirekte Besteuerung resp. Zoll enthalten: 1,80 Mk.  
Dies ergibt im Jahr Nahrungsmittelaufwand: 1577,68 Mk.  
Darin ist indirekte Besteuerung resp. Zoll enthalten: 93,76 Mk.

Mit anderen Worten, von dem Ernährungsminimum, das der Speisezettel des deutschen Marinejoldaten darstellt, muß, wenn sich der Familienvater danach richtet, alljährlich 5,9 des Wertes als indirekte Abgabe an den „Vater“ Staat gezahlt werden!

Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Normalspeisezettel Graubrot, Grieß, Schmalz, Margarine, Käse, Eier, Linsen, Kaffee, Kakao, Milch, Gewürz, Salz, Serringe, Petroleum, auch Bier, Zigarren, Zigaretten und Streichhölzer gar nicht kennt. Sie alle sind aber mit erheblichen Steuern belastet. Der wirkliche Familienhaushalt ist durch seinen Nahrungsmittelaufwand allein heute mit rund 9 bis 10 Prozent dieser Ausgaben dem Staate tributpflichtig.

Hätten wir eine wirkliche Einkommenbesteuerung von Reichswegen, die nur direkt wirkte, erst zu nehmende Erbschaftsteuer und ebensolche Wertzuwachssteuer, dann würde — bei Wegfall der indirekten Steuern — heute schon der Arbeiter um rund 9 bis 10 Prozent billiger leben als es tatsächlich der Fall ist!

Also, der Staat hilft nicht nur gegen die Teuerung, er ist sogar rentabel an der Teuerung beteiligt!

## Versammlungskalender.

Brieg (Bezirk Breslau). Mitglieberversammlung am 4. November 1911, 8 Uhr abends, im Lokale Landshöhe, Loquastrabe, bei Herrn Ritsche. Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Bericht von der Hausagitation. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes.

## Adressenveränderungen.

Osnabrück-Messe. Vorsitzender: Fritz Eisele, Osnabrück, Kommenteriestr. 66.

Regensburg. Kassierer: Thomas Fronauer, Gledengasse 12.

## Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Breslau 595,06, Frankfurt 116,15, Heilbronn 33,78, Hildesheim 23,—, Kiel 9,90, Osnabrück 41,75 Mk.

S. Loda hl.



